

eingeführt. Damit wird ein Herdenkreislauf wieder zur Geltung und Ehre gebracht, der in den Zeiten der nationalen Erhebung Deutschlands eine wichtige Rolle gespielt hat.

Die „Post“ steht mit dieser Aeußerung aber nicht allein, auch Herr Bülle trat damals in der „Deutschen Zeitung“ für die Farben „Schwarz-Rot-Gold“ ein und schrieb am 8. November 1918:

„Diesen kann uns nur die befreiende Schwarz-rot-goldene Lat zur Einheit, Ordnung und Freiheit, wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengesetzt werden soll, unsern Weg auch im Zeichen der Demokratie, dann bestimme man sich wieder auf die Farben Schwarz-Rot-Gold. Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Gedanken. Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben verknüpfelt.“

Generalkommissar Schmidt zum Staatssekretär ernannt.

Der bisherige Generalkommissar für die besetzten Gebiete Schmidt ist den Blättern zufolge zum Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete ernannt worden. Von der Ernennung eines selbständigen Ministers für die besetzten Gebiete und von der Neuernennung eines Justizministers soll bis auf weiteres Abstand genommen werden. Beide Ministerien werden nach wie vor kommissarisch vom Reichsfinanzminister verwaltet.

Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-spanischen Handelsvertrag ausgetauscht.

Berlin, 1. Juni. Die Ratifikationsurkunden zu dem Handelsabkommen zwischen Deutschland und Spanien vom 7. Mai 1926 sind am 31. Mai in Madrid ausgetauscht worden. Das Handelsabkommen tritt am 1. Juni in Kraft.

Dichter und Akademiker.

Warmbrunn, 29. Mai. Gerhart Hauptmanns Landsmann, Hermann Stehr, gewährte heute in seiner Warmbrunner Wohnung einem Korrespondenten eine Unterredung, in der er über die Frage der Akademiegründung u. a. ausführte:

„Ich bin von der Absicht der Gründung nicht unterrichtet worden, aber ohne mich über die Wirkungslosigkeit eines derartigen Gremiums Täuschungen hinzugeben, begrüße ich seine Verfassung als den weithin sichtbaren Ausdruck dafür, daß der Staat gewillt ist, der Dichtkunst dieselbe Stellung einzuräumen, wie anderen Kunstformen. In dieser in der Hauptfrage repräsentativen Aufgabe der Akademie sehe ich ihren größten Wert. Ich glaube, daß man diesen Schritt in der Monarchie nicht getan haben würde. Meine eigene Berufung betrachte ich als eine Ehre, die mich erfreut und die ich abzulehnen nicht die Berechtigung fühle. Ich habe die Berufung aus diesem Grunde angenommen.“

Die Vorgänge in Portugal.

Paris, 1. Juni. Wie Cabas aus Lissabon berichtet, ist der Präsident der Republik Machado zurückgetreten. Nach einer weiteren Cabasmeldung aus Lissabon haben die ausländischen Divisionen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nur aus Mitgliedern gebildet werde, die außerhalb der politischen Parteien ständen. Der Arbeiterverband bereitet sich darauf vor, in die Opposition zu treten, falls eine Militärdiktatur errichtet werden sollte. Die Gruppen der Divisionen aus dem Norden und Süden unter dem Befehl des Generals Gomes Costa marschierten auf Lissabon. Sie würden in der Umgebung der Hauptstadt bis zur Ankunft des Generals Feldlager beziehen. Die Revolutionäre haben den Senator Torres Novas und den Abgeordneten Teixeira D'Almeida sowie den Führer der republikanischen Aktion in der Kammer, Alvaro Castro, festgenommen.

Der neue polnische Staatspräsident.

Warschau, 1. Juni. Ignaz Moscicki hat die Wahl zum Staatspräsidenten angenommen. Die Nationalversammlung, vor der die Vereidigung des neuen Staatspräsidenten vorgenommen werden soll, wird am Freitag mittags 12 Uhr zusammentreten.

Ignaz Moscicki wurde am 1. Dezember 1867 in Mierzanow bei Plock in Kongress-Polen geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Warschau und besuchte dann das von deutschen Lehrkräften geleitete Polytechnikum in Riga. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt in London siedelte er nach Freiburg in der Schweiz über, wo er längere Zeit als Assistent an der dortigen Hochschule tätig war. Im Jahre 1912 übernahm er den Lehrstuhl für Elektrochemie an der Technischen Hochschule in Lemberg. Nach der Angliederung Ost-Oberschlesiens an Polen wurde er zum Leiter der Chorzower Stickstoffwerke ernannt.

Die französischen Schulden an Amerika.

Washington, 2. Juni. Das Repräsentantenhaus erörterte am Dienstag die französische Schuldenregelung. Der republikanische Führer gab bekannt, daß er in der Mittwochssitzung auf sofortige Ratifizierung dringen werde.

Ablehnung eines Mißtrauensantrages der Arbeiterpartei.

London, 1. Juni. (Unterhaus.) Ein Antrag der Arbeiterpartei, den Etat des Ministeriums für Bergbau zu vermindern, der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeutet, wurde mit 252 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Ausgabe von Reichsanleihen.

Halblose Angriffe gegen die Reichsfinanzverwaltung.

Berlin, 1. Juni. In eines sogenannten Denkschrift des „Reichsverbandes der Deutschen Anleiher e. V.“ in Hamburg wird die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, daß die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren 1923-25 Reichsanleihestücke widerrechtlich ausgegeben habe. Durch diese Operation sei die angebl. bereits bis auf 20 Milliarden getilgte Reichsschuld wieder bis auf 70 Milliarden Mark angewachsen, wodurch eine günstigere Regelung der Aufwertungsfrage vereitelt worden sei.

Zum Beweise der widerrechtlichen Vermehrung der Reichsschuld führt der Verband an, daß Schuldurkunden der Reichsanleihen im Umlauf sind, die, obgleich sie nach 1918 ausgegeben worden sind, das alte (kaiserliche) Wappen und die Unterschrift eines Präsidenten der Reichsschuldenverwaltung tragen, der 1918 bereits ausgetreten ist. Derartige Urkunden werden als Fälschungen hingestellt.

Die Reichsfinanzverwaltung stellt fest: Sämtliche im Umlauf befindlichen Schuldurkunden der Reichsanleihen beruhen auf verfassungsmäßiger Grundlage. Bei der Ausgabe der von dem Verbands beanstandeten Urkunden handelt es sich um die Ausweitung von Wertpapieren für die Abfüllung von Reichsschuldbuchforderungen.

Nach dem Reichsschuldbuchgesetz können Schuldverschreibungen der Reichsanleihen jederzeit auf Antrag des Gläubigers in Schuldbuchforderungen gegen das Reich umgewandelt werden. Will der Forderungsberechtigte wieder über freie Stücke verfügen, so läßt er die Schuldbuchforderungen der betreffenden Anleihe durch die Reichsschuldenverwaltung ausgereicht. Für diese Rückumwandlungen müssen, um den rechtmäßigen Ansprüchen der Gläubiger Rechnung zu tragen, Muster verwendet werden, die bis auf das Ausfertigungsmerkmal den bei den Emissionen der betreffenden Anleihe verwendeten entsprechen. Die Muster der Mängel und Ähnliche, die für gefälschte Buchforderungen der Kriegsanleihe ausgegeben werden, weisen infolgedessen in allen Fällen das äußere Bild der bei den Kriegsanleihen selbst ausgegebenen Stücke auf. Nur das Ausfertigungsmerkmal (Unterschrift des ausfertigenden Beamten oder ein Trockenstempel) ist ein anderes.

Bei der Ausgabe von Wertpapieren für gefälschte Buchforderungen wird in Bezug auf die Stückelung nach Möglichkeit auf die Wünsche der Gläubiger Rücksicht genommen. Daß zur Zeit der fortschreitenden Geldentwertung große Anleihestücke bevorzugt wurden, ist selbstverständlich. Hierdurch erklärt sich, daß die in der Zeit der Inflation ausgereichten Urkunden im wesentlichen über große Beträge namentlich über 100 000 Mark und 50 000 Mark lauteten, Rennbeträge, die aber schon bei Auslegung der Kriegsanleihen geschaffen worden sind.

Durch die Ausweitung der Stücke für gefälschte Buchforderungen ist eine Vermehrung der Schuld naturgemäß nicht eingetreten. Der Nennbetrag der freien Stücke hat sich jeweils um den Betrag erhöht oder vermindert, um den die Schuldbuchforderungen sich verminderten oder erhöhten.

Ueber diesen durchaus gesetzmäßigen Vorgang ist der Verband oder die von ihm vorgeschobene Person, die zunächst versucht hat, von der Finanzverwaltung eine bare Abfindung zu erlangen, aufgeklärt worden. Trotzdem findet der Verband es im Interesse seines Zweckes für angebracht, weiter öffentlich mit seinen unsachlichen Behauptungen aufzutreten.

Auch die in dem Flugblatt angeführte Behauptung, daß die Reichsanleihe u. a. ihre Bestände zu Unrecht wieder verkauft habe, ist unwar. Die Reichsanleihe u. a., die im Jahre 1919 zum Zwecke der Stillung des Kurses der Kriegsanleihen ins Leben gerufen wurde, ist nicht mit Reichsmitteln, sondern in der Hauptsache mit privatem Kapital gegründet worden, und der Zweck der Gesellschaft war nicht die Tilgung der Reichsanleihen — dazu hätten private Mittel nicht verwendet werden können —, sondern die Regelung des Börsenkurses.

Dieser Zweck machte nicht allein Ankäufe, sondern wie in dem bei Gründung der Gesellschaft zwischen den Beteiligten abgeschlossenen Vertrag vorgesehen, auch eine Wiederabgabe angelaufener Bestände erforderlich. Die Reichsanleihe u. a., aus deren der Öffentlichkeit jeweilig übergebenen Geschäftsberichten die Tatsache des An- und Verkaufes von Reichsanleihen klar ersichtlich wurde, war also berechtigt — und wirtschaftlich auch genötigt — ihre Bestände wieder zu verkaufen.

Die fundierte Marktschuld des Reiches ist, nachdem sie durch die Kriegsanleihen auf über 100 Milliarden angewachsen war, nach und nach bis auf rund 55 Milliarden Mark durch Tilgungen vermindert worden. Hierzu treten die im Jahre 1922 vom Reich übernommene Länderschulden mit etwa 15 Milliarden Mark, so daß der niedrigste Stand der fundierten Marktschulden 70 Milliarden Mark und nicht etwa, wie in dem Flugblatt behauptet wird, 20 Milliarden Mark betragen hat. In dieser Höhe ist die Schuld bestehen geblieben und wird nach dem Gesetz über die Abfuhr öffentlicher Anleihen abgelöst.

Ein amerikanischer Zeitungsherausgeber für Aufhebung der Kriegsschulden.

New York, 2. Juni. Der Hauptbesitzer und Herausgeber der „New York Times“ Wolff Ogden, der heute von einer dreiwöchigen Europareise zurückgekehrt ist, trat in einem Interview für die Aufhebung der Kriegsschulden ein. Er erklärte, daß Amerikaner, die aus dem Auslande zurückkehrten, den Eindruck hätten, daß sie nicht beliebt seien, und daß dieses Gefühl so schnell zunehmen, daß es schließlich eine Rasse würde.

Aus Stadt und Land.

Sächsishe Heimatausstellung 1926.

Die Sächsische Heimatausstellung, die am 29. Mai im Untergrundmehlhäus eröffnet wurde, wird eine Gesamtschau von Land und Leuten, des Handwerks, Heimat- und Naturschutz, Volksspiele und Trachten, Reisen und Wandern, Winter- und Wassersport, Gast- und Kaffestätten, Handel, Technik und Industrie in Sachsen zeigen. Sie hat somit den Zweck, die Liebe zur Heimat zu erwecken und zu stärken und auswärtige Besucher auf die Schönheit des Sachsenlandes hinzuwirken. Nicht nur in Bildern und Tafeln wird die Ausstellungsleitung die Besucher erfreuen, sondern auch eine größere Anzahl von lebenden Darstellungen, wie Klöppelstuben, Spinn- und Webstuben, Löffel, Glasbläser, Spielzeugschmied, Instrumentenbauer, Bastflechter und eine ergiebige Dornstube sind vorgesehen. Die Industrie und der Handel werden neue, technische Einrichtungen vorführen, damit in jeder Richtung die Besucher auf die Kosten kommen.

Während der Ausstellungsdauer werden in Verbindung mit größeren Verbänden Trachtenfeste, Volkstanzfeste, Volksfeste, Umzüge, Vorträge und Vorführungen veranstaltet. Ein Freilichttheater wird Heimat-, Natur- und Reklamefilme zeigen. Für Kinder ist ein großes Kinderfest angelegt worden. Die Aussteller haben bei einer Beteiligung eine Reihe bedeutender Vorteile, deren Aufzählung im einzelnen zu weit führen würde. Als wesentlichste Punkte seien u. a. erwähnt: die Verleihung der ersten und einzigen deutschen Untergrundmehlhalle, die allein ein großer Anziehungspunkt ist, die Schaffung besser Verkehrsverbindungen zur Ausstellung, die großartige Propaganda, die Mitarbeit der staatlichen und städtischen Behörden und Einrichtungen usw.

Für die Aussteller selbst sind Kosten und Stände verschiedenster Art vorhanden. Für auswärtige Aussteller werden gegebenenfalls sachkundige Vertreter nachgewiesen, die in der Lage sind, die Erzeugnisse vorzuführen. Die Preise sind, in bewußtem Gegenatz zu anderen Veranstaltungen, auf ein Mindestmaß beschränkt. Auskünfte aller Art sind zu erfragen von der Verberatung der Sächsischen Heimatausstellung, Leipzig, Geschäftsstelle: Leipzig, Johannsgasse 30, Mittelgebäude.

Ueberhandnahme der Eisenbahntransportgefährdungen.

Das Kriminalamt Chemnitz teilt mit:

Nachdem am 22. Mai 1928 zwischen Sehma und Cranzahl auf dem Personenzug 1349 mit Steinen geworfen und in einem Wägel 3. Klasse eine Fensterhebe zertrümmert worden war, wurde in der Nacht zum 24. Mai 1928 auf die Schienen der Strecke Zwickau-Grüna von unbekannten Tätern ein Straßensperroder geworfen. Das Hindernis wurde frühzeitig vom Zugpersonal bemerkt und beseitigt. Am 9. Mai 1928 sind in Flur Rottluff Badlagersteine bis zu Faustgröße auf die Gleise gelegt und vom Bahnpersonal beseitigt worden.

Am 27. Mai 1928 gegen 7 Uhr nachmittags ist in Siegmars mit Steinen nach dem Güterzug 5204 geworfen und ein Zugschaffner am Kopfe getroffen worden. Am 28. Mai 1928 vormittags in der 12. Stunde haben drei junge Burschen in der Nähe des Stadtparkes in Thalheim faustgroße Steine auf die Schienen gelegt. Der Führer des Personenzuges 1785 hat das ebenfalls rechtzeitig bemerkt, konnte die Fahrgeschwindigkeit stark vermindern und damit ein Unglück verhüten. Die frechsten Täter sind beim Herannahen des Zuges in den Stadtpark zu Thalheim geflüchtet. Die Täter sind inzwischen ermittelt.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist es dringend nötig, daß diesem verbrecherischen Treiben Einhalt geboten wird. Da annehmbar auch in den anderen Fällen jugendliche Personen als Täter in Frage kommen die sich über die Folgen ihres frevelnden Tuns keine Rechenschaft ablegen, werden Eltern und Erzieher eindringlich gebeten, in dieser Richtung aufklärend zu wirken.

Asmus Landgerichtsrat in Chemnitz.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ zufolge verlautet, wird der Freiburger Oberstaatsanwalt Dr. Asmus, nachdem er in Dresden freigesprochen ist, in allernächster Zeit den Posten eines Landgerichtsrates in Chemnitz erhalten. Diese Ernennung soll auf einen Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums zurückzuführen sein.

Die Verbreitung von Reden im Rundfunk.

Bekanntlich wurde die Hauptrede des Stenographentages in Aue durch Rundfunk verbreitet. Die Radio-Vereinigung Aue u. Umg. e. V. teilt uns dazu interessante radiotechnische Einzelheiten mit.

Gerade die Uebertragung der Rede des Stenographentages in Aue war verhältnismäßig schwierig, weil hierzu keine besonders für den Rundfunk angepaßten Leitungen zur Verfügung standen. Grundätzlich geschieht eine solche Uebertragung in folgender Weise: In der Nähe des Sprechers steht ein geeignetes Aufnahmegerät, das die Tonwellen der Sprache in elektrische Stromänderungen umwandelt. Diese müssen aber eine Drahtleitung nach der Sendezentrale in Leipzig geleitet werden. (In unserem Falle hatte das Postamt Aue eine gewöhnliche Telefonverbindung mit Leipzig hergestellt, zu gleicher Zeit eine zweite, die es dem die Aufnahme in Aue stehenden Postbeamten ermöglichte, jederzeit mit Leipzig im Fernsprechverkehr zu bleiben). Damit nun die Sprachströme kräftig genug in der Sendezentrale ankommen, müssen sie in Aue künstlich verstärkt werden. Dies geschieht in besonders dafür gebauten Verstärkern. Andererseits darf die Verstärkung nicht zu weit getrieben werden, sonst würden dadurch die benachbarten Leitungen beeinträchtigt. Infolgedessen ist es notwendig, die in Leipzig ankommenden Sprachströme nochmals zu verstärken und zwar so, daß sie dann kräftig sind, die Sender in Leipzig und Dresden auszusteuern. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die gesamte technische Apparatur von der deutschen Reichspost gestellt und bedient wird.